

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 16 (1975)  
**Heft:** 17  
  
**Rubrik:** Briefe

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Briefer

## Keine Proteste?

(«Facetten zum Alltag drüben»,  
ZB Nr. 15/1975, S. 6)

In Ihrer Nummer 15 vom 23. Juli d. J. steht unter «Facetten zum Alltag drüben» ein Satz, der eigentlich als *Facette zum Alltag hüben* gemeint ist; es scheint sich dabei eher um eine subjektive Skizze als um eine objektive Photographie des westlichen Alltags zu handeln. Der Satz «Proteste gegen die Inhaftierung von „Politischen“ in der DDR gibt es im Westen von keiner Seite» — dieser Satz ist unzutreffend. Es gibt Proteste:

Die «Berliner Morgenpost» (grösste Tageszeitung Berlins) bringt jeweils entsprechende Informationen, bzw. Kommentare, so z. B. am 30. April 1975, Seite 9: «In dem mit rund 700 politischen Gefangenen belegten DDR-Zuchthaus Cottbus befinden sich nach Informationen der Arbeitsgemeinschaft 13. August» — diese protestiert ja eben! — «31 Aerzte... (etc.). Fast alle seien wegen vorbereiteter Republikflucht in Haft und hätten verschärfte Haftbedingungen.» Und: «Würden die SED-Genossen im anderen Teil Deutschlands — und dies insbesondere seit der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen — ihre eigene Verfassung und ihre Gesetze richtig inter-

pretieren, bestünde nicht der geringste Anlass, solche Prozesse (gegen gefasste „Republiksflüchtige“) zu führen.»

Namentlich aber hat die Gesellschaft für Menschenrechte (Sitz in Frankfurt/M.) schon ganze Protestkampagnen durchgeführt; sie setzte sich im Herbst 1974 (vgl. «Dokumente», Sept./Okt. 1974, S. 16 sowie Beilage) für Hans Jörg Weigel (19), Joachim Rector, Hellmut Gerisch und Margit Waldschläger ein: z. T. mit Erfolg. «Die Welt» berichtete am 3. April 1975: «Harte Urteile hat die Justiz der DDR gegen das Ehepaar Gerisch verhängt, das Ende des vergangenen Jahres in Ost-Berlin für seine freie Ausreise in den Westen demonstriert hatte. Wie die Gesellschaft für Menschenrechte (GfM) in Frankfurt/Main gestern mitteilte, erhielt Hellmut Gerisch (38) sechs Jahre Freiheitsentzug. Seine Ehefrau Irmgard wurde zu vier Jahren verurteilt.»

Im Mai dieses Jahres hat die GfM vor der DDR-Vertretung in Bonn eine Demonstration durchgeführt, und zwar ganz genau als Protest gegen die Behandlung «Politischer» in der DDR. Von der Aktion war auch in verschiedenen Zeitungen zu lesen, schon weil die DDR sich offenbar betroffen fühlte und bei der BRD gegen die Zulassung der Kundgebung Einsprache erhob. Offenbar ist Ihnen das alles entgangen; hat es deshalb nicht stattgefunden?

Wenn man nicht die (ganz unsachlich verteufelten) Zeitungen aus dem Hause Springer verfolgt, wird man halt vielleicht einseitig informiert.

A. T.

Natürlich haben Sie recht: Es gibt im Westen Proteste gegen die Inhaftierung von «Politischen» in der DDR, und es gibt sie nicht einmal bloss in der BRD. So haben eben acht schwedische Aerzte an die DDR-Regierung appelliert, einen Arzt freizulassen, der zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt ist, weil er vom Menschenrecht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch gemacht hat (was das Gericht als «staatsfeindliche Hetze» definierte).

Damit habe ich die Wahl, mit meinem lapidaren Schlusssatz unter jenen «Facetten» entweder als Ignorant oder als Lügner dazustehen, ja? Hm.

Nehmen wir einmal an, dass ein Biologe bei mehr oder weniger guter Gelegenheit (z. B. Schädlingsbekämpfung durch Chemikalien) den Satz fallen lässt: «Und auf unsern Wiesen gibt es keine Schmetterlinge mehr.» Nun kann man ihm mit vielen Photographien aus vielen Wiesen das Gegenteil nachweisen. Aber wozu soll man es tun? Er weiss es ja selber, und er weiss (pardon: er kann wahrscheinlich zutreffend vermuten), dass ihm sein Publikum (pardon: ein voraussichtlich grosser Teil davon) dieses Wissen zutraut, das zum Allgemeinwissen (im relativen Sinne des normalen Sprachgebrauchs) gehört. Es kann sich also praktisch weder in der Absicht noch im Effekt um eine Irreführung handeln.

Frägt sich bloss noch, was dann die falsche Aussage sein soll. Sie soll durch ihre unzutreffende Verabsolutierung einen Zustand härter und kompromissloser charakterisieren, als es durch eine zutreffende Relativierung möglich wäre. Es ist tatsächlich so etwas wie die Wahrheit der Skizze gegenüber der Wahrheit der Photographie. Wobei die Zeichnung ihres subjektiven Charakters wegen immer diskutabel ist.

Sie ist es auch im Falle des «inexistenten» Protestes an die Adresse der DDR. Besonders dann, wenn man den Protest einbezieht, der durch die Berichterstattung impliziert bis expliziert wird. An dieser Protestfunktion der Publizistik haben wir vom SOI mit seinen Publikationen ja selber Anteil. Und zum Glück nur einen Anteil, denn anders wäre die öffentliche Protestfähigkeit in diese Richtung auch absolut an ihrem Ende angelangt.

Unter Wahrung der Proportionen halte ich etwas ähnliches auch in der BRD für gültig: Es wäre für die dortige Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit schon sehr arg, wenn man auf die Springer-Presse angewiesen wäre, um auch nur von protestwürdigen Zuständen in der DDR etwas zu erfahren. Schlimm genug, dass es annäherungsweise so ist, denn die tatsächlich wirkliche Verteufelung gilt nicht zufällig gerade jenen Zeitungen, die auf die Existenz von «Politischen» in der DDR aufmerksam machen, die versuchen, sie nicht vollends vergessen zu lassen. Und wenn man das Pressebild durch die Gewichtung aller andern Medien von der Kanzelpredigt bis zur TV ergänzt, wird die Protestfunktion der Berichterstattung noch spezialisierter, noch isolierter.

Immerhin: Sie besteht, und mithin eine *Voraussetzung* zum ausdrücklichen Protest überhaupt, in allen seinen möglichen Formen. Die Information, die zum Protest führen kann, ist vorhanden und erhältlich. Dieser Tatbestand bedeutet, dass bei uns der Pluralismus existiert. Ich darf ihn natürlich mit meiner «Skizze» nicht in Abrede stellen wollen. Aber ist es schon soweit, dass ich das ausdrücklich sagen muss? Nein, aber vielleicht doch so: Das Publikum wird

(grosso modo) von der Berichterstattung in Richtung auf Protest gegenüber «Chile» usw. bemüht, zum Protest in die andere Richtung muss es sich selber bemühen.

\*

Und das tut es nur zu kleinen Teilen, zu «verschwindend kleinen Teilen» für den Bedarf einer Skizze.

Gerade die von Ihnen konkret aufgeführte Kundgebung vor der DDR-Botschaft ist ein Beispiel dafür. «Erst scharfer DDR-Protest sorgte für Aufsehen.» So betitelte die «Frankfurter Rundschau» ihren Bericht darüber, und ich glaube zu Recht. Daran ist gleich einiges interessant. Gar nicht in erster Linie der Umfang der Demonstration (100 bis 200 Teilnehmer, je nach Zeitung). Auch nicht so sehr ihre relative Unauffälligkeit («Wesentlich lautstärkere Protestdemonstrationen sind vor Botschaften anderer Länder an der Tagesordnung», so die FR). Sondern schon eher ihre Unglaublichkeit in der Sicht der DDR-Behörden.

Für Ostberlin war der Vorfall so verblüffend, dass man ihn zum Anlass nahm, der BRD-Regierung eine Protestnote zu überreichen, «mit der Erwartung verbunden, dass eine Wiederholung ähnlicher völkerrechtswidriger und entspannungsfeindlicher Aktionen verhindert wird» («Neues Deutschland», 9.5.1975). Ich finde, es kommt eine ganze Menge darin zum Ausdruck, dass die DDR auch nur gespielt eine solche Erwartung aussprechen kann. Oder stellen Sie sich die Möglichkeit vor, dass z. B. Chile nach einer entsprechenden (d. h. entsprechend härteren) Demonstration vor seiner Botschaft den Ausdruck einer solchen Erwartung auch nur in Betracht ziehen könnte? Und gesetzt, die Unmöglichkeit hätte stattgefunden, stellen Sie sich die Reaktion der kompakten westdeutschen Öffentlichkeit vor? Eben.

Und schliesslich: Obwohl die betreffende Kundgebung so ungewohnt war, dass sie die DDR zu einer kontraproduktiven Ueberraschungsreaktion veranlasste, hätte sie ohne diesen behördlichen Schritt «kein Aufsehen» erregt. Die Mitglieder der Gesellschaft für Menschenrechte plus einige weitere Personen und Institutionen wären orientiert worden, «die» Öffentlichkeit keineswegs. Wenn ich boshaft wäre, könnte ich den zitierten Titel aus der «Frankfurter Rundschau» geradezu als Ratschlag an die DDR-Behörden feststellen: Macht doch wegen der paar Unverbesserlichen keinen diplomatischen Mais; sonst verhehlt ihr höchstens den kalten Kriegern noch zu Publizität. Nun, ich will das nicht so interpretieren. Aber ich möchte sicherer sein, dass diese Interpretation nicht «drin liegt», wenigstens unter anderem.

\*

Bis hierher habe ich dargelegt, warum ich jenen unzutreffenden «Facetten»-Schlusssatz nicht als unstatthaft betrachte, leider. Aber jetzt möchte ich sagen, warum er mich trotzdem reut: Wegen der Leute nämlich, die den verschwindend kleinen, weitherum unterschlagenen oder dann bemitleideten bis verlachten Protest trotzdem wagen. Sie sind exponierte Exponenten im Widerstand gegen die Diktatur, der die Offensive gegen die Diktatur enthalten muss, um tauglich zu sein. Dazu gehört der Protest. Und wie «verschwindend klein» er auch immer sei: Er darf nicht verschwinden. Christian Brügger